LZ-Rheinland

Artikel vom 17.12.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 22:04 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/rheinische-baeuerinnen-und-bauern-auf-den-weg-zur-demo-nach-bruessel

Rheinische Bäuerinnen und Bauern auf den Weg zur Demo nach Brüssel

Unter dem Motto „Green Power statt Green Deal“ machen sich rheinische Bäuerinnen und Bauern am 18. Dezember auf den Weg nach Brüssel, um gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus ganz Europa zu demonstrieren. Der Rheinische Landwirtschafts-Verband (RLV) folgt mit mehr als 150 Landwirtinnen und Landwirten aus der Region dem Aufruf des Europäischen Bauernverbandes. Anlass der Protestaktion sind insbesondere das geplante Mercosur-Abkommen, die aktuelle Ausrichtung des EU-Green Deals sowie die Diskussionen um den zukünftigen EU-Agrarhaushalt.

Im Fokus der Kritik steht das Mercosur-Abkommen. Ungeachtet der geplanten Mengen- und Zolldetails sind die Umwelt- und Haltungsbedingungen, unter denen in Südamerika Zucker oder Rindfleisch erzeugt werden, ein Hohn gegenüber europäischen Standards. Steigende Zulassungen von Pflanzenschutzmitteln, neue Investitionen in fossile Öl- und Gasprojekte sowie Berichte über den freien Zugang zu Antibiotika sind nur einige Beispiele. Auch jüngste Rückrufaktionen von brasilianischem Rindfleisch aufgrund von Hormonrückständen verdeutlichten aus Sicht des RLV die bestehenden Risiken für den Verbraucher.

Grundsätzlich scheue die heimische Landwirtschaft den fairen Wettbewerb nicht, solange er auf Basis gleicher Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards stattfinde, betont der Verband. Wenn europäische Betriebe hohe Auflagen erfüllen müssten, dürften keine Produkte importiert werden, die unter deutlich geringeren Standards erzeugt wurden. Das Mercosur-Abkommen dürfe weder zur Gefahr für Verbraucherinnen und Verbraucher noch für die Landwirtschaft in Europa werden.

Darüber hinaus richtet sich der Protest gegen die derzeitige Ausgestaltung des EU-Green Deals. Während regelmäßig von Seiten der Politik Vereinfachungen und Entbürokratisierung angekündigt würden, setze die EU-Kommission aus Sicht des RLV unbeirrt ihren bisherigen Kurs fort. Die landwirtschaftlichen Betriebe benötigten stattdessen praktikable Regelungen, ausreichend zugelassene Pflanzenschutzmittel sowie die Möglichkeit einer bedarfsgerechten Düngung, um weiterhin sichere und bezahlbare Lebensmittel erzeugen zu können.

Auch bei der Aufstellung des EU-Haushalts und der künftigen Agrarförderung sieht der RLV erheblichen Handlungsbedarf. Die geplanten Kürzungen des Agrarbudgets seien das falsche Signal und gefährdeten sowohl die landwirtschaftliche Struktur als auch die Entwicklung des ländlichen Raums. Der Verband kündigt an, sich intensiv in den Verhandlungsprozess einzubringen, der bis 2027 reicht. Die Demonstration in Brüssel bildet dafür den Auftakt.

Quelle: RLV